

denation errichten, als Waffenplatz und Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion. Deutschland soll in die Kriegszonzone eingereiht werden.

Auf der Abrüstungskonferenz von Genf verhöhnte der französische Ministerpräsident die Friedensrede und die Abrüstungsvorschläge Wintzingerode, des Vertreters der Sowjetunion. Die bürgerliche Presse entfaltet aufs neue ihre Kriegpropaganda. „Krieg belebt die Wirtschaft, Krieg heiligt die Freiheit, Krieg erhöht die Spekulation“. Aber auch in der Presse der 2. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und in den Zeitungen der christlichen Gewerkschaften erobert das freche Wort: „Krieg bringt Arbeit“ oder „Der Krieg bringt den Arbeitern ein volleres Portemonnaie“.

So sollen die Arbeiter ausgezehrt werden, durch Kriegs- mittelproduktion ihren Ausbeutern eine neue Konjunktur zu verschaffen. So sollen sie teilnehmen an der Ermordung ihrer Brüder und Schwestern in fernen Ländern, um später selbst als unformiertes Kanonensfutter in den neuen Weltkrieg geschleppt zu werden. So sollen sie teilnehmen an der Niederwerfung des sozialistischen Vaterlandes, dem Hort des Friedens und der Freiheit. Das ist die Lage vor dem 1. Mai 1932.

Die Unternehmer haben in den letzten zwei Jahren den Arbeitslohn um mehr als ein Drittel gesenkt. Vohraus und Unterfütterungsrab wechselten miteinander die Reihenfolge. Durch raffinierte Rationalisierungsmaßnahmen wurde die Arbeitsleistung zur höchsten Qual gesteigert und das Arbeitslohn um Millionen vermehrt. Immer raffinierter werden die Terrormaßnahmen in den Betrieben und auf den Stempelstellen. Offene Diktatur und durch Notverordnungen verleierte Diktatur brachten Lohn- und Unterfütterungsrab auf eine noch nie dagewesene Höhe.

Während die zahllosen Arbeitslosen und Kurzarbeiter vor Hunger nicht mehr aus noch ein wissen, bereitet sich jetzt auf der ganzen Front ein neuer Angriff auf die Hungerlöhne und Unterfütterungen vor.

Doch haben alle diese Maßnahmen nicht vermocht, die frönte kapitalistische Wirtschaft gesund zu machen, sie wieder anzukurbeln. Im Gegenteil. Jeder Angriff auf die Arbeiter verschärft die Krise. Durch das wachsende Elend und durch die Arbeitslosigkeit, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft wieder vorwärts zu kommen, radikalisieren sich die Arbeitermassen. Um diesen Prozeß der Radikalisierung aufzuhalten, organisieren jetzt die Führer der reformistischen Gewerkschaften Kräfte, auf denen sie Arbeitsbeschaffungsprogramme propagieren, auf denen sie von der Umstellung der privatkapitalistischen Wirtschaft auf den Staatskapitalismus reden. Diese Kräfte haben nur den einen Zweck, den Kampf der Arbeiter um ihre eigenen Interessen zu verhindern.

Die reaktionären Gewerkschaftsführer wollen den Kapitalismus retten. Sie setzen jetzt auf dem deutschen Reichstagskongreß, das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist notwendig, um im Innern die Radikalisierung der Massen zu verhindern und nach außen, um Frankreich (d. h. dem Imperialismus) die gewünschte Sicherheit zu verschaffen. Die Sicherheit vor den um ihre Befreiung kämpfenden Arbeitermassen. So wird den Arbeitern der Kopf mit Fäden vernebelt, damit die Unternehmer ihre Angriffe leichter durchführen können.

Dort, wo sich die Arbeiter zur Wehr setzen, wie wir das soeben in Polen und in der Tschechoslowakei sahen, organisiert der Reformismus den Streikbruch. Hier wird die Staatsgewalt mit gegen die Arbeitermassen eingesetzt. Das darf aber die Arbeiterklasse nicht einschüchtern. Nur indem sie den Kampf um ihre Sache in die eigenen Hände nimmt, kann sie die Umkehr machen vom Weg in den Abgrund, zum Weg zur Arbeit, Brot und Freiheit. Wenn in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen die rote Einheitsfront errichtet wird, dann ist der erfolgreiche Kampf gegen den angreifenden Kapitalismus und gegen die Kriegsmächte nicht nur möglich, sondern sicher.

Wie groß auch der Terror und der Verrat sein mag, der Kampf der Arbeiter kann auf die Dauer nicht unendlich gemacht werden. Die Massen sind nicht entwaffnet und verzweifelt. Sie sind kampfwillig und kampffähig. Das lagern uns die Massenkämpfe in Polen und in der Tschechoslowakei. Jeder revolutionäre Arbeiter muß diese Lehre aus diesen Massenkämpfen ziehen und sie zum Gemeingut aller seiner Klassenangehörigen machen. Vom Teilrecht zum Klassenrecht, von der Abwehr zur Offensive, das ist das Problem unserer Tage. In diesem Sinne gilt es den 1. Mai vorzubereiten und ihn durchzuführen.

Heron an die Arbeit! Mobilisiert die Massen zum Kampf! Der 1. Mai 1932 muß der Tag des größten Massenaufmarsches werden. Trüben wir ihm durch unsere Arbeit den Sieg auf. Jeder Betrieb eine rote Burg, jede Stempelstelle eine rote Strohbrücke. So machen wir den 1. Mai 1932 zum Tag der Massen gegen den Krieg, zum Tag der Massen gegen den reformistischen Verrat, zum Tag der Massen gegen den roten Einheitsfront um Arbeit, Brot und Sozialismus!

Reichsbanner muß restlos abrüsten!

Umwandlung in einen Verband republikanischer Kriegsteilnehmer . Verstaatlichung der Jugendorganisations durch Zwangsarbeitsdienst . Verbot des KZVD geplant

Berlin, 27. April (Eig. Draht.) Der Reichswehr-Innenminister Groener hat gestern dem Reichspräsidenten von Hindenburg über die Reichsbannererfrage Vortrag gehalten. Groener schlug vor, der Auflösung der Schutzbundorganisation des Reichsbanners, den völligen Abbau aller Abwehrmaßnahmen im Reichsbanner folgen zu lassen und es ganz in einen „Verband republikanischer Kriegsteilnehmer“ umzuwandeln.

Im Reichswehr-Innenministerium ist daneben ein Plan Groeners zur Verstaatlichung der Jugendorganisations durch die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht fertiggestellt worden. Er soll gestern ebenfalls Hindenburg vorgelesen worden sein. Die Arbeitsdienstpflicht soll sowohl durch staatliche Organisations wie durch private Verbände durchgeführt werden. Die Dienstpflicht soll auch körperliche — d. h. militärische — Ausbildung der Jugend umfassen.

Das Scheinverbot der SA bildet den Ausgangspunkt dieser faschistischen Maßnahmen der Regierung Groener-Brüning. Die Reichsbannerarbeiter sollen ganz abrüsten. Sie sollen ihre Abwehrbereitschaft aufgeben, während überall in ganz Deutschland die SA-Banden nach wie vor schießen und streifen.

Alarmierend ist die Fertigstellung des Plans auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht, die vom Reichstag beschlossen werden soll. Die Verstaatlichung der Jugendorganisations, wie auch die Abrüstung des Reichsbanners werden offenbar zu einem Verbotsverbot gegen den kommunistischen Jugendverband, gegen die ganze revolutionäre, antifaschistische Front der Arbeiterschaft ausgeüht werden.

Gegen diese neuen reaktionären Pläne Groeners muß die Arbeiterschaft mobil gemacht werden. Es gilt mit dem Kampf gegen die SA-Banden, die nach wie vor bestehen, und in verstärktem Ausmaß Widerstände gegen Arbeiter durchzuführen, den Kampf für den legalen Bestand des kommunistischen Jugendverbandes und aller revolutionären Organisations der Ar-

Polizeiabgabe im Sächsischen Landtag

Schieds faschistischer Machtapparat als Büttel der Nazis

Sozialfaschisten üben „Kritik“ an ihrer Schiedsregierung . Kommunisten fordern ihren Angriff auf Schied und seinen Landtag fort!

Dresden, den 27. April 1932

Die gestrige Sitzung des Landtages stand unter dem Eindruck scharfster Angriffe gegen die reaktionäre Schiedsregierung und ihren Polizeiapparat. Es ist bezeichnend, daß es gerade die sozialdemokratischen Führer waren, die unmittelbar nach dem roten Volksentscheid zur Auflösung des Sächsischen Landtages mit einer Fülle von Material über ungläubliche Uebergriffe der Polizeibehörden Schieds aufwarteten und dabei nach dem berühmten Muster die Kalven spielten, die vor dem 17. April 1932 nicht s von dem Charakter der „geschäftsführenden Beamtenregierung“ gewußt haben wollen. Ihre „Angriffe“ lagen auch in der berechtigten Linie des betrügerischen Komödientheaters, bei dem sie es darauf abgesehen haben, den sozialdemokratischen Arbeitermassen einzureden, als könne man auf parlamentarischer Grundlage gegen die typischen Erscheinungsformen im Machtapparat der kapitalistischen Regierung ankämpfen.

Es blieb auch in dieser Sitzung unserer Fraktion vorbehalten, die breite Arbeiteröffentlichkeit unter Berufung auf das zahlreich vorliegende Belastungsmaterial gegen die Regierung und ihre Behörden darauf hinzuweisen, daß

weder im Parlament noch durch Petitionen an die Regierung der heutige Zustand geändert werden kann, daß vielmehr die Massen der Arbeiterschaft durch Auslösung der außerparlamentarischen Kämpfe mit dem faschistischen Spieß, der sich bis in die obersten Regierungsbehörden eingestrichen hat, aufzuräumen müssen.

Ordnungsrufe für Kommunisten

Vor Eintritt in die Tagesordnung, spricht Genosse Renner zur Geschäftsordnung und verfaßt, die von der kommunistischen Fraktion eingereichten

Entwürfe zur Arbeitsbeschaffung, zur Miet- und Strompreiserbilligung

auf die Tagesordnung zu setzen. (Wir haben diese Entwürfe im Zusammenhang mit dem offenen Brief an den Landtagspräsidenten Wedel bereits in der vorigen Woche veröffentlicht.) Als Genosse Renner schon bei dieser Gelegenheit die Schiedsregierung und ihren Landtag beim richtigen Namen nennt, gibt es bereits die ersten Ordnungsrufe gegen die Genossen Renner und Schubert.

Der sozialdemokratische Landtagspräsident verliert dann den zur Beratung stehenden Rechnungsbuchbericht über den Staatshaushalt für das Jahr 1933 (1) ohne Debatte in der Rechtsausschuss zu verziehen. Unsere Fraktion erhebt dagegen Einspruch und der Genosse Renner weist darauf hin, daß

diese Maßnahmen ein bezeichnender Versuch der hinter der Schiedsregierung stehenden Parteien des Sächsischen Landtages sind, sich und die Regierung aus der Verlegenheit zu ziehen und vor der Verantwortung zu drücken.

Die debattierlose Verschlebung dieses Berichtes durch alle Parteien von der SPD bis zu den Nazis, ist ein plumper Versuch, sich schützend vor die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung zu stellen.

Durch den Einspruch der kommunistischen Fraktion mußte der Rechnungsbuchbericht im Plenum zur Debatte gestellt werden und sofort verurteilt der Sozialdemokrat Wedel, seiner Schiedsregierung den zweiten Vordienst zu erteilen, und durch demagogische Anwendung der Geschäftsordnung gegen die kommunistische Partei zu verhindern, diesen Rechnungsbuchbericht und damit die Schiedsregierung erneut anzuprangern. Es kommt zu lebhaften Protesten der kommunistischen Fraktion, Wedel muß zurückweichen und als einzige Fraktion des Landtages nimmt die KPD durch den Genossen Renner zum Kapitel Schieds- diktatur und ihre Geschäftsordnung Stellung.

Der Genosse Renner erinnert noch einmal an die unzähligen arbeiterfeindlichen Handlungen des Schiedsregimentes, die am besten dadurch dokumentiert werden, daß im Jahre 32 der Rechnungsbuchbericht für 1933 vorgelegt wird, nachdem alle dort enthal-

tenen Maßnahmen, Finanz- und verfassungspolitischer Natur bereits seit anderthalb Jahren durchgeführt sind.

Das charakterisiert die Methoden der Schiedsregierung, die ohne Widerspruch aller anderen Parteien dem Landtag ihren einen Bericht zur Beschlußfassung vorlegt, der bereits ohne Zustimmung des Landtages durchgeführt ist.

Damit demonstriert die Regierung eindeutig daß sie auf die Beschlüsse des Parlamentes pfeift.

Das liegt in der Linie der Maßnahmen, die gegen die Interessen der Werktätigen nacheinander durchgeführt werden und der Weg der faschistischen Diktatur demonstrieren. Und die Nazis, daß alle Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Sozialisten keinen Einspruch gegen diese Methoden einlegen, damit aufs neue, daß sie mit Schied gegen die Werktätigen regieren.

Wir weisen erneut die Arbeitermassen darauf hin, daß der Weg des Faschismus über die Verwaltungsbehörden des kapitalistischen Staatsapparates geht, und betonen anlässlich der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Krisenhältnisse, daß der Faschismus an dem entscheidenden Wendepunkt in der roten Einheitsfront kämpfenden Arbeiterklasse zerbrechen wird, wenn auch die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen haben, daß sie gegen ihre Führer mit ihren kommunistischen Klassenangehörigen um den Sozialismus kämpfen müssen.

Wir lehnen den Rechnungsbuchbericht der arbeiterfeindlichen Schiedsregierung ab. Aber darüber hinaus werden wir die Massen zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Umwandlung der faschistischen Staatsdiktatur mobilisieren.

Der Rechnungsbuchbericht wird den Ausschüssen A und B übergeben.

Es stehen dann eine Reihe sozialdemokratischer Entwürfe zur Debatte, die sich mit den Uebergriffen und Verhältnissen der faschistischen Offiziere der Schiedsregierung, dem „Verbot“ der SA und SS-Organisationen der Nazis beschäftigen. Der Reihe nach beschließen die Böckel, Edel, Kauffisch und Genossen auf, mit starken Worten der Schiedsregierung vor der breiten Öffentlichkeit zu beschimpfen, daß ihre Polizeioffiziere und der ganzen Verwaltungsapparat in eindeutiger Parteinahme für die Nazis gegen die Arbeiterschaft herrschen.

Aber alle diese Entwürfe und Anfragen klangen in betäubten alten Klänge aus: „Regie erung hül! Dein Machtapparat ist die in der Kabinettstube hinaus von faschistischen Elementen durchsicht und verfehlt. Kein Wort von der Mobilisierung der Arbeiter gegen den zunehmenden faschistischen Terror und die immer offensichtlichere Hilfsstellung der Polizeioffiziere für die Nazis, kein Wort zur Selbstauflösung der Schiedsregimentes des Reichsbanners und auch kein Wort über das, was gegen die faschistische Regierung, unter deren Wogen sich die habenköchlichen Dinge abspielen, getan werden soll.

Der Ministerpräsident Schied konnte sich deshalb auch auf eine kurze nichtsagende Regierungserklärung beschränken, denn er kennt keine Pappenheimer und weiß, wie er den sozialdemokratischen Theaterdonner im Plenum des Landtages zu vertuschen hat.

Der Genosse Sindermann begründet dann zwei kommunistische Entwürfe die sich gegen die

Unterstützung der Nationalsozialisten durch Behörden und Beamte

wenden, die Einführung eines Untersuchungsanschlusses verlangen und zum anderen die Zurückziehung der Denkschrift der Regierung in bezug auf das Verhalten der Polizei gegenüber Nationalsozialisten fordert.

Einleitend stellt Genosse Sindermann fest, daß es bezeichnend ist, daß der Sozialdemokrat Böckel seine Rede gegen den Polizeiteror mit einem wütenden Angriff auf die kommunistische Partei eingeleitet hat und das alte Märchen immer wieder aufsticht, daß wir in Einheitsfront mit den Hitlerfaschisten händeln. Aber gleich hinterher mußte Böckel feststellen, daß der Polizeiapparat Schieds in enger Verbindung mit den Nazis in unerhörtester Form gegen die Arbeiter vorgeht. Wir stellen heute mit allem Nachdruck fest,

daß die Verbindung der Nazis über die Polizei bis hinauf ins Kabinett der Schiedsregierung geht und daß die Schieds-polizei bei jeder Gelegenheit offen begünstigt, während die Behörden der Schiedsregierung zur selben Zeit unsere revolutionäre Aufklärungsarbeit während der Freieidantenwahl mit allen möglichen Schikanen behindern und die Polizei mit Verbotsmaßnahmen gegen unsere Druckschriften und Versammlungen vorgegangen ist.

Er weist besonders darauf hin, daß die faschistischen Polizeioffiziere im Gegensatz zu den in der Regierungsdienst gemachten Feststellungen in nicht zu zweifelnder Art ihren Dienst zu Gunsten der Nazis versehen und wenn sie durch unsere Initiative unter Druck gestellt werden, auch vor Unmännlichkeiten der Bescheidenheit der vorgelegten Behörden gegenüber nicht halt machen.

Die ungeheure Fülle unseres Belastungsmaterials gegen die Polizei veranlassen uns zu beantragen, daß die Denkschrift der Regierung zurückgenommen wird. Wir fragen den Innenminister, ob ihm bekannt ist, daß

von Polizeibeamten in Chemnitz die gesamte Polizei-faktische aus der Kaserne gestohlen

wurde. Wir bringen das Material nicht, um die Regierung anzufordern einzugreifen, wir kennen den Klassencharakter des Staatsapparates und wissen, daß er in jedem Falle als des Instrument der herrschenden Klasse regiert. Dies Material ist der Beweis zur Enttarnung der faschistischen Diktatur, gegen die wir mit aller Kraft ankämpfen und wenn es Herr Böckel magt, uns hier zu verleumden, dann folgen wir, daß die KPD durch die Organisation und Mobilisierung der außerparlamentarischen Front der Arbeiterklasse den herrlichen Kampf gegen den wachsenden Faschismus einleitet.

Der Landtag nimmt heute zu den Anträgen Stellung.

Wetterberausung

Fortbauer des etwas unheimlichen Wetterberausung... (Text ist teilweise unleserlich)

Der S... Die bürgerliche... Das große... (Text ist teilweise unleserlich)